

Der Abend

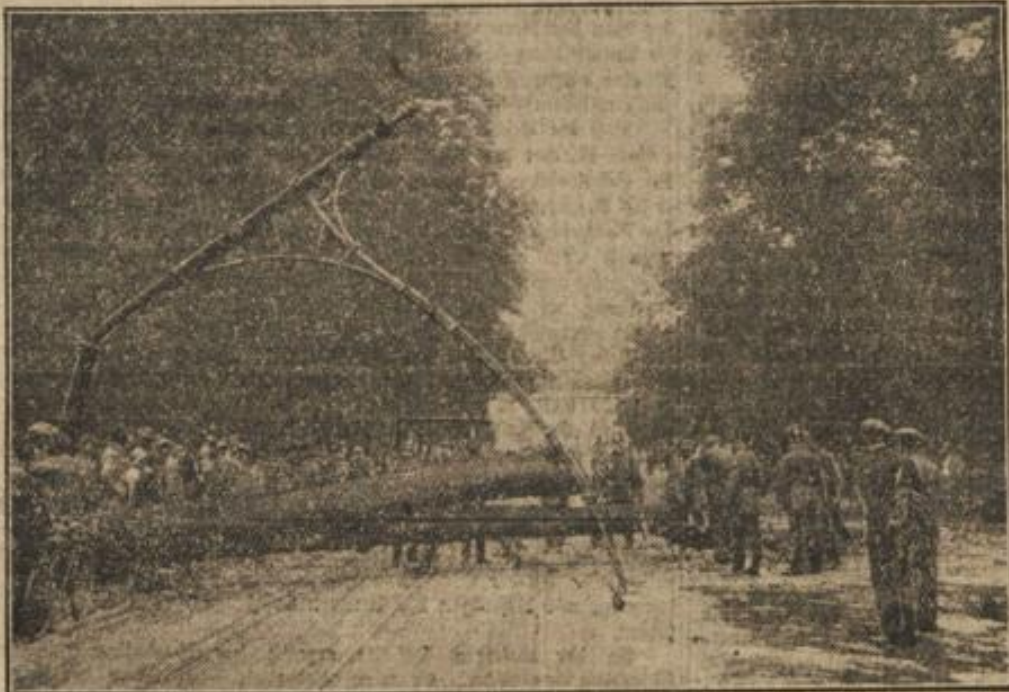
Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
50 Pf., Kleinteile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37586. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Ein „nationaler“ Pressesumpf.

Die Wirbelsturm-Katastrophe in Berlin.



So hat gestern der Sturm im Tiergarten gehaust



Und so in Creptow, in einem der großen Gartenrestaurants.

Der Fall Destreich.

Vor einigen Wochen erregte die Ermordung des Redakteurs Bruno Wolf vom „Neuen Wiener Journal“ durch einen der Erpressung beschuldigten Kollegen beträchtliches Aufsehen. Man hat damals gemeint, daß ein solcher Fall sich wohl in Wien ereignen konnte, in Deutschland sei das aber nicht möglich, denn bei uns gebe es keinen Pressesumpf. Wirklich nicht? Der Fall des deutsch-nationalen Dr. Destreich, den wir heute ausführlich schildern, zeigt uns, in welcher Weise bestimmte Kapitalgruppen auf die Haltung gewisser Organe einwirkten.

Der Zusammenbruch des Sensationsblätchens „Berliner Mittag“, mit dem wir uns bereits wiederholt befaßt haben, leuchtet tief hinein in die Zusammenhänge der bürgerlichen Pressepolitik. Aufgerollt wurde der Fall durch die Tatsache, daß die Zeitung ihr Erscheinen plötzlich einstellte, während den Angestellten kräftig gekündigt wurde. Noch kurz vorher hatte sich der Verleger Destreich mit den großen Geldmitteln gebüßelt, die ihm angeblich zur Verfügung standen. Jetzt wurden die stellungslosen Angestellten vor dem Arbeitsgericht veranlaßt, einen Vergleich zu schließen, bei dem sie einen Teil ihrer berechtigten Ansprüche preisgaben, während die Redakteure des Blattes noch um ihre Forderungen kämpften. Gegen Destreich ist Strafanzeige wegen Konkursvergehens gestellt worden. Als die Zusammenhänge zur Sprache kamen, bestritt Dr. Destreich noch immer, daß sein Verlag zahlungsunfähig oder auch nur in Zahlungsschwierigkeiten sei. Um so befremdlicher ist sein Vorgehen gegen die Angestellten, um so befremdlicher auch das Verhalten des Arbeitsrichters, der den Angestellten zu dem Vergleich geraten hat.

Wie eine nationale Zeitung entsteht.

Es lohnt sich die Entstehungsgeschichte des farnosen „Berliner Mittag“ einmal näher zu betrachten. Dr. Destreich tauchte plötzlich nach dem Kriege im Scherl-Verlag auf. Die Verdienste, die er sich da erworben, müssen sehr groß gewesen sein, denn sehr bald wurde er zum politischen Chefredakteur der „Berliner Börsenzeitung“ ernannt, die bis zu seinem Amtsantritt eine liberale Zeitung gewesen war, dann aber plötzlich ins völkisch-rassistische Lager einschwenkte, bei der Behandlung des Falls Barmat eine ebenso grobsprecherische wie zweifelhafte Rolle spielte, sich selbst im Antisemitismus erging — kurz ganz die Gepflogenheit jener merkwürdigen „Erneuerer Deutschlands“ annahm, wie sie im Lager der Hugenbergers so zahlreich zu finden sind. Als damals die Zeitung daraufliegen gestellt wurde, wie sich ihr Antisemitismus mit dem sonst nicht übermäßig arischen Einschlag der Börseninteressenten vertrüge, erklärte Dr. Destreich natürlich sofort, daß ihm jeglicher Antisemitismus fremd liege. Soweit das seine geschäftlichen Beziehungen an-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Reichsfinanzler antwortet!

Fortsetzung der Aussprache im Reichstag.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung um 12 Uhr gibt Präsident Lobe die Konstituierung und Wahl einer langen Reihe von Ausschüssen bekannt und teilt mit, daß der Vorkonferenzrat alle zur Regierungserklärung gestellten Anträge als zulässig erklärt hat. (Also auch den Antrag der Hakenkreuzler, der Reichsregierung das Vertrauen auszusprechen.)

Darauf wird die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt. Der Präsident hatte bereits dem Abg. Oberjochen (Dnat.) das Wort erteilt, als dieser sogleich zugunsten des Reichsfinanzlers darauf verzichtete, da dieser die Absicht äußerte, zu sprechen.

Reichsfinanzler Hermann Müller:

Abg. Graf Westarp hat gestern bemängelt, daß ich in der Regierungserklärung meinem Vorgänger Marg nicht den Dank ausgesprochen habe. Das habe ich schon bei der Ueberrahme der Geschäfte der Reichsfinanzlei getan, und da Dr. Marg damals nicht anwesend war, habe ich es gestern wiederholt. Im übrigen weiß ich nicht, ob ein Brauch, der in parlamentarischen Ländern nicht üblich ist, unbedingt aufrechterhalten werden muß. (Sehr gut links.) Ich weiß zum Beispiel nicht, ob Herr v. Keudell Wert darauf gelegt hätte, aus sozialdemokratischem Munde den Dank für seine Tätigkeit auszusprechen zu erhalten. (Große Heiterkeit links.) Gegenüber den Anzweiflungen des Abg. Westarp stelle ich fest, daß zwischen den Parteien, die in der Regierung vertreten sind, über die Führung der auswärtigen Politik wesentliche Differenzen nicht bestehen. (Sehr richtig.) Abg. Westarp vermehrt auch das Wort „national“ in der Regierungserklärung; sie spricht zweimal davon, daß die neue Regierung den Interessen des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches dienen wolle — ich glaube das Wort deutsch muß genügen, es bedarf nicht des Wortes national. (Sehr gut links und in der Mitte.)

Die Vorverhandlungen über die Regierungsbildung sind diesmal wesentlich kürzer gewesen, als in anderen Jahren. Immerhin gebe ich zu, daß auch ich gewünscht hätte, sie wären noch kürzer gewesen, und das werden Sie mir wohl nachfühlen. (Heitere Zu-

Sturmverwüstungen in Schlesien. Bankier Löwenslein ins Meer gestürzt

(Berichte 3. Seite.)

stimmung.) Gegenüber einer auch in der Öffentlichkeit verbreiteten Darstellung betone ich, daß nicht wie bei der Regierungsbildung von 1927 die Minister durch Abstimmung in den Fraktionen gekürt worden sind. (Sehr richtig!) Wenn Abg. Westarp in der Regierungserklärung vermehrt, welcher Art die Regierung sei, so hat die Erklärung doch deutlich genug gesagt, daß die Regierung noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage beruht. Das sagt ganz klar, daß die feste Absicht vorhanden ist, die dazu nötige Umgestaltung der Regierung alsbald vorzunehmen, was ja auch ganz selbstverständlich ist, wenn dieses umfangreiche Regierungsprogramm in Angriff genommen werden soll.

Abg. Westarp bemängelt auch, daß wir zu wenig von der Reichsreform gesprochen hätten. Selbstverständlich müssen wir erst zu den Vorarbeiten der vorigen Regierung Stellung nehmen. Aber aus der Regierungserklärung geht deutlich hervor, daß der Wille zur Weiterführung dieser Reform bei uns ausreichend vorhanden ist. Im übrigen ist klar, daß für jeden entscheidenden Schritt auf diesem Gebiet eine breite parlamentarische Grundlage vorhanden sein muß und daß alle berechtigten Interessen bei dieser Reform wahrgenommen werden müssen.

Abg. Dr. Scholz hat die Zusammenlegung von Reichsministerien gefordert. Darüber haben wir uns im Haushaltsauschuß schon oft unterhalten. Aber wenn man daran ging, die Zusammenlegung auszuführen, ergaben sich immer starke Widerstände. Es kann zweifelhaft sein, ob das Reichsjustizministerium zu beseitigen wäre. Aber es ist doch damit zu rechnen, daß nach der Verwaltungsreform vielleicht das eine oder andere Land seine Justiz dem Reich übergeben wollen, und dann brauchen wir doch wieder ein Spezialministerium dafür.

Abg. Westarp hat gesagt, der Ruf nach Verfassungsreform sei im deutschen Volk allgemein geworden.

Für die deutsch-nationalen Reformforderungen trifft das sicher nicht zu. (Sehr richtig links und im Zentrum), denn im Wahlkampf hat sich gewiß nicht eine Mehrheit für diese Forderungen erklärt. (Westarp: Aber eine denkende Minderheit! — Große Heiterkeit links und in der Mitte.)

Was die Ministerverantwortlichkeit angeht, so war in dem Verfassungsentwurf des kaiserlichen Großen Hauptquartiers vom 19. Oktober 1918 dieser Artikel 15 enthalten: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages“. Die Weimarer Verfassung hat bewußt und direkt an diese Formulierung des Kaiserreiches angeknüpft. (Hört, hört!)

(Fortsetzung des Berichts auf der 2. Seite.)

